



Corona und die gesellschaftlichen Kosten – Eine Chance für neue Öffentlichkeiten?

Jürgen Büssow

07.05.2020

In den Medien beginnt jetzt die Debatte über die Finanzierung der Corona-Kosten. In diesem Zusammenhang eröffnet sich die Chance, Aufmerksamkeit für das Ziel einer größeren Steuergerechtigkeit zu erhalten. Dabei geht es nicht nur um eine Expertendiskussion, sondern auch um unser gesellschaftliches Selbstverständnis. Die staatlichen Hilfen, z.B. in Form von Kurzarbeitergeld, Zuschüssen und Kreditgarantien für Unternehmen, werden von den meisten Wirtschaftsinstituten nicht infrage gestellt.¹ Dass dabei Mitnahmeeffekte entstehen, ist einzukalkulieren und später, wo notwendig, mit der Steuer zu berichtigen. Unternehmen, die bereits vor der Corona-Krise hoch verschuldet waren und fragwürdige Geschäftsmodelle verfolgt haben, wie z.B. Unternehmen der Automobilindustrie (Diesel-Skandal), und auf Lobbyismus, aber nicht konsequent auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt haben, müssen anders behandelt werden, als Unternehmen, die unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind.

Derzeit wird heftig diskutiert, ob Unternehmen, die Staatshilfe erhalten, Aktienrückkäufe oder Dividendenzahlungen tätigen dürfen. In den letzten Jahren kauften deutsche Unternehmen zunehmend ihre eigenen Aktien vom Markt auf. Damit treiben sie den Börsenkurs ihres Unternehmens in die Höhe; und der Gewinn/die Dividende pro verbliebener Aktie wird erhöht. Ebenfalls wurde es zur Praxis, möglichst hohe Dividenden auszuschütten. Da die Boni der Top-Manager meist an den Börsenkurs gebunden sind, haben diese ein Interesse daran, den Aktionären hohe Gewinne zukommen zu lassen. Am liebsten möchten die Firmen diese Praxis auch in der Corona-Krise fortführen, selbst wenn sie staatliche Unterstützung erhalten. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Gruppe der Aktionäre keinen Beitrag zur Finanzierung der enormen Kosten der Corona-Krise leisten soll, zumal der Staat ja mit hohen Geldsummen diesen Unternehmen hilft.

Die Praxis unserer Wirtschaft widerspricht zunehmend den Anforderungen an Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Die deutsche Wirtschaft ist in großem Maße abhängig von der Automobilindustrie, die dadurch systemrelevant wird. Dies macht das Land erpressbar gegenüber den Zielländern der deutschen Exporte, wie den USA und China. Außerdem vernachlässigte diese wichtige Branche moderne Diversifizierungsstrategien für eine zukunftsgerichtete, nachhaltige Wirtschafts- und Produktionsstruktur in Deutschland und Europa. Auch bei medizinischen Wirkstoffen und medizintechnischen Geräten haben wir uns hochgradig von anderen Ländern, z.B. von Indien und China, abhängig gemacht. Bei der Digitalisierung von Produktionen, Produkten, Verwaltungen und Bildungseinheiten hat die deutsche Wirtschaft den Spitzenanschluss bereits verloren. Zahlreiche Unternehmensvorstände haben in Hinblick auf die Zukunft einfach die falschen Entscheidungen getroffen. Das eröffnet die Diskussion darüber, welche Manager unser Land bzw. Europa braucht. Die Süddeutsche Zeitung titelt: „Die Krise wird viele Manager den Job kosten. Eine Chance, bessere Menschen zu benennen.“²

¹https://www.deutschlandfunk.de/lufthansa-spoehr-warnt-vor-zu-groessem-staatlichen-einfluss.2932.de.html?drn:news_id=1125297

² Neue Manger braucht das Land, Die Corona-Krise deckt Schwächen des Wirtschaftssystems auf. Chefs die nur an ihre Firma und Aktienkurse, aber nicht an die Gesellschaft denken, manövrieren sich ins Abseits. In Zukunft sind Führungskräfte mit mehr sozialer Kompetenz gefragt, Süddeutsche Zeitung, 02./03..Mai 2020, S. 20



Gleichzeitig verlangen Manager, die für diese Innovationsblockaden verantwortlich sind, dass der Staat keinen Einfluss auf die Unternehmenspolitik nehmen dürfe. Der Chef der Lufthansa, Carsten Spohr, möchte zwar Staatshilfe in Anspruch nehmen, es könnten bis zu 10 Mrd. Euro werden, aber die neuen staatlichen Miteigentümer möchte er nicht im Aufsichtsrat sehen.³ Dabei darf nicht vergessen werden, dass nicht der Staat die Verantwortung für die Zukunftsblindheit von Unternehmen hatte, sondern die Unternehmen selbst. Die Fehlentwicklungen geschahen parallel zu einer neoliberal ausgerichteten Politik, in der sich der Staat zurückzog und bei der Regulierung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen immer mehr zurückhielt. Parlament und Regierung vernachlässigten auch bei Fehlentwicklungen zunehmend auf ihre Aufsichtsfunktionen.

Der Dieselskandal wurde nicht durch das Kraftfahrt-Bundesamt aufgedeckt, sondern in 2015 durch die US-amerikanische Umweltschutzbehörde Environmental Protection Agency (EPA).⁴ Das hindert den Verband der Automobilindustrie (VDA) nicht daran, über seine Präsidentin Hildegard Müller steuerfinanzierte Kaufprämien für Diesel(!) und Benziener (!) fordern zu lassen.⁵ Also nicht weniger Staat ist das Gebote der Stunde, sondern ein leistungsfähiger Staat, der nicht ein Spielball machtwirksamer Lobbygruppen ist, und ein gemeinwohlorientierter Staat, der Normen des Gemeinwohls unabhängig von Einzelinteressen durchsetzt und kontrolliert.

Wie kann es sein, dass die Deutschen Bank, die hohe Verluste macht, weiterhin hohe Boni zahlt und 630 Gehaltsmillionäre beschäftigt? „Keine andere europäische Bank leistet sich so viele Top-Verdiener.“, so das Manager-Magazin.⁶ Der Geschäftsbericht 2019 von Daimler weist mehr als 300 Mrd. Euro an Schulden aus. Das ist neunmal mehr als der aktuelle Börsenwert des Unternehmens. Es war aber genügend Geld für Aktienrückkäufe in 2019 im Wert von 42 Mio. Euro und für Dividendenauszahlungen in einer Höhe von 3,477 Mrd. Euro vorhanden, wofür dann auch noch Schulden aufgenommen wurden.⁷

Das ungenierte Auftreten von Unternehmen, Steuergeldzuschüsse zu verlangen, gleichzeitig Dividenden zu zahlen und üppige Boni einzukassieren, geht sogar dem wirtschaftsverbundenen Journalisten Gabor Steingart in seinem „Morning Briefing“ zu weit. Er weist darauf hin, dass deutsche Konzerne seit 2009 50,5 Mrd. Euro für Aktienrückkäufe ausgaben; 2018 waren es 9,5 Mrd. und 2019 8,8 Milliarden Euro. Bis zum 24. April 2020, also selbst in Corona-Zeiten, sind es immer noch 5,5 Mrd. Euro. In den letzten Jahren bis ins Corona-Jahr 2020 hinein schütteten deutsche Aktiengesellschaften Dividenden aus, so Daimler, Knorr-Bremse, Deutsche Post, Bayer, Münchener Rück, Continental, BMW, Allianz, Rheinmetall, Vonovia, Deutsche Wohnen, E.on, HeidelbergerCement, VW, BASF und sogar Fraport. Man wird beobachten müssen, welche dieser Unternehmen Staatszuschüsse beantragen.⁸ Steingart moniert: „Die Liquidität, die jetzt überall fehlt, wurde vorher verpulvert.“ Und er zitiert den gelehrten Investmentbanker und Verteidiger der Aktionärskultur Prof. Dr. Christian Strenger mit den Worten: „Der Staat tut gut daran, dass er

³ Die Zeit, Nr.19, 29.April 2020, Wirtschaft, S. 19 f.; siehe auch Michael Hüther: „Vorsicht vor dem Staat“, Süddeutsche Zeitung, 02./03..Mai 2020, S.20 Wirtschaft. Aber anders Carsten Knobel, Henkel: „Für Staatshilfe sehe ich keinen Anlass“, Rheinische Post, Samstag, 2.Mai 2020, S. B1 (Nicht alle verlangen Staatshilfe!)

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Abgasskandal>

⁵ https://www.deutschlandfunk.de/neustartpraemie-autoindustrie-will-kaufpraemie-auch-fuer.1939.de.html?drn:news_id=1125591

⁶ <https://www.manager-magazin.de/unternehmen/banken/deutsche-bank-643-millionaere-arbeiten-fuer-deutsche-bank-a-1266351.html>

⁷ <https://geschaeftsbericht.daimler.com/gb2019/konzernabschluss/bilanz#>

⁸ https://www.focus.de/finanzen/boerse/dividenden-ticker-welche-firmen-die-dividende-streichen-hauptversammlung-verschieben_id_11775961.html



klar sagt: Nein, Aktienrückkäufe, solange die Staatsversorgung stattfindet, müssen ausgeschlossen werden. Das ist genau dasselbe wie mit Dividendenzahlungen, die dann auch schwer zu erklären sind.“ Steingarts Fazit dazu: „Der Kapitalismus kann die Bedingungen, die er zum Funktionieren braucht, nicht selbst hervorbringen. Er braucht den Staat – nicht als Mitspieler, wohl aber als regelsetzenden Schiedsrichter.“⁹

In der Kostendebatte über die Corona-Folgen schlägt dagegen die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken einen temporären (warum eigentlich nur temporär?) „Lastenausgleich“ in Form einer Abgabe von Personen mit großen Vermögen vor. Darin wird sie von dem Historiker Heinrich-August Winkler unterstützt.¹⁰ Es geht darum, dass nicht wieder einseitig die unteren Einkommensschichten die größte Kostenlast tragen. Man darf gespannt sein, wann die Forderung nach Erhöhung der Mehrwertsteuer kommt, die untere Einkommensschichten besonders belastet. Natürlich nicht für das Hotel- und Gaststättengewerbe, das sich traditionell der besonderen Aufmerksamkeit der FDP erfreut.

Daniel Stelter in seinem Diskussionsforum „Beyond the obvious“ findet: Das „Virus ist die perfekte Ausrede für die Politik vom eigenen Versagen abzulenken“¹¹ Er kritisiert, dass ein sehr großer Teil der gewachsenen staatlichen Einnahmen der letzten Jahre für staatlichen „Konsum“ (Mütterrente, Rente mit 63, Grundrente, etc.) statt für staatliche Investitionen verwendet wurde. Die Stärkung der Zukunftsfähigkeit sei dabei nicht vorangetrieben worden. Er verliert dabei aber kein Wort über Steueroasen und Steuerprivilegien für die höchsten Einkommen, geschweige denn gegenzurechnen.¹² Er kritisiert aber auch die Innovationsschwäche der deutschen Unternehmen der vergangenen Jahre und die einseitige Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft. Er plädiert für geringere Abgaben für kleine und mittlere Einkommen nach Corona, damit die Nachfrage wieder in Gang kommt. Dabei sollen insbesondere die kleinen und mittleren Gehälter von Steuern entlastet werden. Und er fordert eine höhere Progression bei den Steuern jenseits der Reichensteuern. „Zugleich wäre der Anteil der Steuereinnahmen, der auf die Besteuerung von Vermögen zurückgeht, zu erhöhen. Neben der Einführung der Vermögenssteuer wäre dies vor allem eine Neufassung der Erbschaftssteuer, um auch den Übergang von Betriebsvermögen zu erfassen. Bei entsprechend tiefen Sätzen und der Möglichkeit, jährlich ein Dreiunddreißigstel des vereinfacht berechneten Erbschaftssteuerbetrages zu bezahlen (simulierter Erbgang), wäre dies auch für die Familienunternehmen tragbar, nachdem sie sich von den Folgen der Corona-Krise erholt haben.“¹³

Das sind neue Töne in der Wirtschaftsdebatte. Wenn man das System retten will, muss man eben flexibel sein. Die Corona-Kosten, erste Schätzungen gehen von 1.500 Mrd. Euro aus, allein auf die kleinen und mittleren Einkommensgruppen zu verlagern, bringt das System in eine politische Legitimationskrise und schwächt die Nachfragekaufkraft. Henrik Müller, ehem. stellv. Chefredakteur des Manager-Magazins und heute Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der TU Dortmund fürchtet, „Wir könnten vor einem

⁹ „Steingarts „Das Morning Briefing“ , 30. April 2020

¹⁰<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-04/lastenausgleich-coronavirus-vermoegensabgabe-saskia-esken-spd>; <https://www.tagesspiegel.de/kultur/plaedoyer-fuer-einen-neuen-lastenausgleich-der-historiker-heinrich-august-winkler-fordert-corona-soli/25692726.html>

¹¹ https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-von-daniel-stelter-corona-als-katalysator-fuer-wandel_id_11937953.html

¹² <https://www.manager-magazin.de/politik/konjunktur/coronavirus-daniel-stelter-zur-finanzierung-der-corona-kosten-a-1305800.html>; Manche Firmen wollen Geld vom Staat, nutzen aber Steueroasen, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/corona-steueroase-1.4893770>

¹³ <https://www.manager-magazin.de/politik/konjunktur/coronavirus-daniel-stelter-zur-finanzierung-der-corona-kosten-a-1305800.html>; https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-von-daniel-stelter-corona-als-katalysator-fuer-wandel_id_11937953.html



ungeplanten Systemwechsel stehen – nicht aus revolutionären Antrieb, sondern aus schlichter Notwendigkeit“¹⁴

Diese Debatte darf aber nicht nur den Wirtschaftsinstituten und Ökonomen überlassen bleiben, sondern muss politisch und öffentlich geführt werden: Wie stellen wir uns eine sozial ausbalancierte Gesellschaft vor, deren Wirtschaft nicht nur den Aktionären dient, sondern die sich auch dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt. Natürlich setzt ein hohes gesellschaftliches Wohlstandsniveau Modernität, Innovation und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft voraus. Für das Erreichen dieses Zieles sind noch nicht alle Antworten gefunden worden.

Ebenso ist in die öffentliche Auseinandersetzung die europäische Perspektive mit einzubeziehen. Der Streit um die Corona-Bonds könnte ein Hebel sein, die europäische Fiskal- und Wirtschaftspolitik zu verändern. Dabei ist zu realisieren, dass Reformen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die eine Vertiefung der Europäischen Union zum Ziel haben, Stoff für die Rechtspopulisten in ganz Europa liefern kann. Aber wer wie Italien und Spanien die Hilfe der wirtschaftlich stärkeren europäischen Partner in Anspruch nehmen will, um nicht abzustürzen, müsste auch bereit sein, der Reform der neuen europäischen Finanzverfassung zuzustimmen, die Kapitaltransfers transparent macht und wirkungsvoll kontrolliert, Steueroasen austrocknet – auch die europäischen in den Niederlanden, Irland und Luxemburg – und (vielleicht) eine europäische Vermögen- und Erbschaftsteuer unterstützt, die für alle Beteiligten wettbewerbsneutral ist. Dabei ist es schon schwer, für die Transaktionssteuern auf Aktienverkäufe neun EU-Staaten zusammenzuhalten, geschweige denn sie auch auf Verkäufe von Derivaten im Online-Handel durchzusetzen.¹⁵ Nur wenn Europa als einheitlicher Finanz- und Wirtschaftsraum verfasst ist, kann sich Europa gegenüber den USA und China behaupten. Wenn das nicht einstimmig zu lösen ist, muss man die Puppe in der Puppe kreieren. Dann müssen jene europäischen Staaten, die dazu bereit sind, mit zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Kooperationen voran gehen. Andererseits, wenn der Süden Europas ökonomisch und gesellschaftlich wegbricht, wird auch der Norden keine Zukunft haben.

¹⁴ <https://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/coronavirus-wir-brauchen-ein-corona-treuhand-anstalt-a-1305635.html>

¹⁵ „Macht doch, was ihr wollt“, zur Verwässerung der Transaktionssteuer, SZ, Nr.101, 2./3.Mai 2020,S.21